

# Oktober 2016 - Notizen zu Interessantem, über das weniger berichtet wird... (KOPP-Notizen)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "[exklusiv](#)" Nr. 39, 40, 41, 42 und 43/2016

---

Ausgabe "[exklusiv](#)" Nr. 39/2016

## ► CDU-Politiker soll Kinder vergewaltigt haben:

Der Potsdamer CDU-Politiker Peter S. (57) soll in den vergangenen Jahren mehrfach Kinder sexuell missbraucht haben. Das jüngste Opfer war nach Angaben der Staatsanwaltschaft kaum fünf Jahre alt. Als eine 6-Jährige keinen Geschlechtsverkehr mit ihm wollte, soll er dem Kind damit gedroht haben, dann ihre kleinen Schwestern zu vergewaltigen. Peter S. drohen jetzt sechs Jahre Haft. Die CDU will nicht, dass der Fall öffentlich bekannt wird.

## ► Asylbewerber bevorzugt?

Mitarbeiter des *Klinikums AKH Wien* haben nach eigenen Angaben ein Dokument unterschreiben müssen, wonach sie Asylbewerber vorrangig behandeln müssen, aber nicht in der Öffentlichkeit darüber sprechen dürfen. Vor allem bei der intensivmedizinischen Behandlung, wie sie etwa bei Herzoperationen erforderlich ist, müssten Ausländer auf den Stationen bevorzugt betreut werden, weil die Großfamilien als Besucher den Ablauf im Krankenhaus durch Besuche häufig störten. Den Angehörigen solle kein Anlass gegeben werden, das Personal zu schlagen oder zu beleidigen.

## ► IS verbietet Vollverschleierung:

Während deutsche und österreichische Politiker darüber debattieren, die islamische Vollverschleierung (*Burka*) als Zeichen einer kulturellen Vielfalt zu erlauben, hat der *Islamische Staat* diese nun in vielen eroberten Gebieten verboten. In letzter Zeit waren immer öfter IS-Kämpfer von Personen, die sich mit einer *Burka* tarnten, angegriffen oder getötet worden. Bis vor Kurzem hatte die *Terrormiliz IS* Frauen, welche die *Burka* nicht trugen, noch bestraft und teilweise auch öffentlich hingerichtet. Nun sollen Frauen sofort hingerichtet werden, wenn sie sich an die bisherigen Befehle halten und eine solche *Burka* in der Region um die nordirakische Stadt Mossul tragen.

## ► Grünen-Politiker im Drogenrausch:

Die Bremer Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Grünen-Politiker *Wilko Zicht*. Er soll immer wieder Speed und Amphetamine über das Internet bestellt haben. Ende September 2016 gab es Hausdurchsuchungen bei *Zicht*. Zugleich wurde bekannt,

dass die Immunität des Grünen-Abgeordneten abermals aufgehoben wurde. Schon im Juni dieses Jahres war gegen *Zicht* wegen Rauschgift ermittelt worden.

► **Bundeswehr am Ende:**

Uwe Lampe, Ex- Kommandeur eines Panzergrenadierbataillons und Berater der Deutschen Botschaft in Kabul, hat den Deutschen in einem offenen Brief mitgeteilt, dass die Bundeswehr das Land im Ernstfall nicht mehr verteidigen kann. Das meiste Großgerät der Bundeswehr ist demnach längst ins Ausland verkauft worden. Andere Systeme seien nicht einsatzbereit. Es gebe zu wenige Soldaten und zu viele neue Aufgaben. Lampe warnt davor, dass die Bundeswehr einen Massenzustrom von Flüchtlingen auf Deutschland, wie er für die nächsten Jahre in nie gekannter Dimension erwartet wird, nicht werde abwehren können.

► **Steuerberater sollen Denunzianten werden:**

Die Bundesregierung will eine neue Offenlegungspflicht für Steuerberater einführen. Das geht aus einem Gutachten im Auftrag des Bundesfinanzministeriums hervor. Demnach sollen Anwälte, Unternehmensberater und Steuerfachleute, die Steuersparmodelle an Kunden weitergeben, gesetzlich dazu verpflichtet werden, ihr Vorgehen den zuständigen Behörden genau zu melden.

Laut dem Gutachten sei eine solche Anzeigepflicht »sowohl ökonomisch sinnvoll als auch verfassungsrechtlich legitim«. Die Gutachter berufen sich dabei auf die von der Verfassung garantierte »Besteuerungsgleichheit«. Wenn es einzelnen Steuerpflichtigen gelinge, ihre Steuerlast mit Steuersparmodellen zu minimieren, dann sei diese Gleichheit nicht mehr gegeben, argumentieren sie.

► **Staatsanwaltschaft will Verfahren. gegen Bundesanwaltschaft einleiten:**

Es ist äußerst selten, dass Staatsanwälte in Deutschland gegen Bundesanwälte ermitteln. Weil die Staatsanwaltschaft Karlsruhe gegen die Bundesanwaltschaft Karlsruhe ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren einleiten will, kracht es hinter den Kulissen derzeit ganz gewaltig. Die Bundesanwaltschaft hatte im NSU-Verfahren Akten vernichtet, also Beweismaterial zerstört. Die Karlsruher Staatsanwälte wollen nun wegen Strafvereitelung ermitteln. Weil sie weisungsabhängig sind, kann es jedoch sein, dass Politiker aus dem Justizministerium die Ermittlungen einfach verbieten.

► **Florian Langenscheidts Verlag ist pleite:**

Der 61 Jahre alte Urenkel des Langenscheidt-Verlagsgründers *Gustav Langenscheidt* hat die prominenteste PR-Plattform für Mittelständler, den Kölner Verlag »*Deutsche Standards Editionen*«, erfolgreich in die Pleite geführt. *Langenscheidt* hatte sich in auflagenstarken Blättern wie *Bild* oder *Bunte* stets als erfolgreicher Unternehmer präsentiert und war für ausschweifende Partys bekannt. Nun ist er zahlungsunfähig und hat Insolvenzantrag gestellt.

► **Schutzwesten für Rettungssanitäter:** Wegen der immer häufiger werdenden Übergriffe von Asylbewerbern und Zuwanderern haben Rettungssanitäter inzwischen schon in vielen deutschen Städten Schutzwesten bekommen, wie sie auch von Polizisten im Einsatz getragen werden. In Dresden und Brandenburg gehören sie schon zur Standardausrüstung, in Bautzen werden sie gerade angeschafft. Zwar ist das Thema Ländersache, doch empfiehlt die Bundesregierung jetzt in internen Schreiben, alle Rettungsfahrzeuge in Deutschland mit solchen Schutzwesten auszustatten.

► **Schweizer Kanton blockiert Zuzug von Ausländern:** Im Tessin haben sich bei einer Volksbefragung 58 Prozent dafür ausgesprochen, Schweizer gegenüber Pendlern aus dem EU-Ausland bei der Stellenvergabe zu bevorzugen. Die EU ist besorgt. Die Schweiz hatte 2002 mit der EU ein Freizügigkeitsabkommen geschlossen, um Zugang zum Binnenmarkt zu erhalten.

► **Die Post scannt Personalausweise:** Die Deutsche Post hat das *PostIdent-Verfahren* geändert. Der schleswig-holsteinische Abgeordnete *Patrick Breyer* klagt dagegen, dass die Post in den Filialen jetzt (*meist ohne Wissen der Kunden*) Personalausweise einscannet. Die eingescannten Daten werden nach Angaben des Abgeordneten entgegen den Datenschutzbestimmungen elektronisch gespeichert und auch an Geschäftspartner der Post weitergegeben. Bislang wurden in Postfilialen die Daten von Personalausweisen nur abgeschrieben. Widerspricht ein Kunde im Geschäft dem neuen Verfahren des Einscannens seiner Ausweisdaten, dann wird der Bearbeitungsvorgang seines Anliegens abgebrochen. Der Kunde kann dann nicht mehr am *PostIdent-Verfahren* teilnehmen. Betroffene Postkunden sollten sich an die Datenschutzbeauftragten ihres Bundeslandes wenden.

► **Pharmastudien:** Niedergelassene Ärzte haben im vergangenen Jahr von der Pharmaindustrie bis zu 1667 Euro pro Patient für die heimliche Anwendungsbeobachtung von neuen Medikamenten erhalten. Das geht aus einer Auflistung der *Kassenärztlichen Bundesvereinigung* hervor. Die Pharmaindustrie will über solche bezahlten Studien das Ordnungsverhalten der Ärzte beeinflussen.

Hohe Zahlungen für die Verordnung bestimmter Medikamente und Entschädigungen sind aus Sicht der Behörden eine verdeckte Korruption und sollten verboten werden, weil die Patienten nicht wissen, dass ihr Arzt Geld für die Verordnung bestimmter Medikamente bekommt.

► **Verpixeln hilft nicht:** Wer Fotos von Personen veröffentlicht und glaubt, durch Verpixeln deren Gesichter unkenntlich machen zu können, der irrt. Nach Angaben von US-Fachzeitschriften verfügen westliche Sicherheitsbehörden schon lange über

eine Software, welche die Gesichter mühelos in Bruchteilen von Sekunden rekonstruieren kann. Die Software ist inzwischen so weit verbreitet und im Einsatz, dass man erwägt, sie auch an Privatleute zu verkaufen.

► **Führerschein auf Arabisch:** Ab sofort können Asylbewerber in Deutschland den Führerschein auch auf Arabisch machen oder mitgebrachte Führerscheine unbürokratisch umschreiben lassen. Die Kosten dafür übernimmt der Steuerzahler. Die Aktion soll Flüchtlingen die Integration erleichtern. Nicht geklärt ist dabei das Problem, wonach nachgemachte orientalische Führerscheine in Ländern wie der Türkei für wenig Geld gekauft werden können.

► **Zum Nazi gestempelt:** Lange Zeit galt die Bevorzugung regional erzeugter Nahrungsmittel als politisch wünschenswert: überprüfbare Qualität, umweltschonend (*keine langen Flugtransporte*) und keine Ausbeutung anderer Länder (*weder Billiglöhne noch Zerstörung von Wäldern*).

Jetzt aber haben österreichische Medien entdeckt, dass der Trend zur Regionalität auch ein Trend zur Heimat ist. Und der macht laut *ORF* anfällig für Nazi-Ideologie und sei rechtsextrem. Die *ORF-Sendung Steiermark heute* fand angeblich heraus, dass immer mehr junge Menschen im deutschsprachigen Raum Gemüse selbst anbauen und auch beim Bauern um die Ecke einkaufen. Offenbar ist das jetzt ein ungeheurerlicher Skandal. Denn jene, die so der Heimat verbunden sind, gelten dem *ORF* als nicht weltoffen und anfällig für Nazi-Ideologien. Wer lieber Äpfel aus der Steiermark anstelle exotischer Früchte kauft, der habe »*kein offenes Weltbild*«.

► **NRW baut Polizeistellen ab:** Gegen die steigende Ausländerkriminalität kämpft die Landesregierung in NRW mit einem völlig neuartigen Konzept. Sie will die Zahl der Polizisten reduzieren, damit weniger Straftaten in den Statistiken erscheinen. Allein bei der Polizei in Bochum, Herne und Witten sollen 112 Planstellen wegfallen.

► **Deutsche Politiker als Schlepper:** Dem Linken-Bundestagspolitiker *Diether Dehm* droht die Aufhebung der Immunität. Er hatte sich öffentlich gerühmt, als Flüchtlingsschlepper tätig geworden zu sein. Daraufhin hatte ihn die Polizei angezeigt.

► **Mehr Geld:** Obwohl es wegen der Niedrigzinsphase faktisch keine Inflation gibt, begründen die Politiker des Bundestages Zuwendungen an sich selbst mit »*gestiegenen Kosten*«. Die Parteien des Bundestages haben sich 14 Prozent mehr für Büroräume und Personal gegönnt, insgesamt zwölf Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

► **Statistiken fälschen:** Die Berliner Polizei ermittelt bei immer mehr Delikten jetzt nur noch bei »Aussicht auf Erfolg«. Die Behördenformulierung bedeutet, dass bei der Strafanzeige der mutmaßliche Täter vom Opfer genannt werden muss. Ist dieser nicht bekannt, dann wird aus Personalgründen nicht weiter ermittelt. Bislang galt dieses Vorgehen in Berlin schon für Fahrraddiebstähle, Sachbeschädigung und Betrug. Jetzt wurde es auch auf Taschendiebstähle erweitert. Betroffene, welche den Namen des Taschendiebes nicht kennen, wird wie auch bei den anderen genannten Delikten auf dem Revier von einer Anzeige abgeraten. So soll auch die Aufklärungsquote bei Straftaten nach oben geschönt werden. Im vergangenen Jahr wurden in Berlin 40400 Taschendiebstähle angezeigt, 25 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Aufklärungsquote betrug 4,2 Prozent. Sie dürfte nun in der nächsten Statistik rasant ansteigen.

► **Deutsche Ministerin empfängt Terror-Patin:** Bundesumweltministerin *Barbara Hendricks* (SPD) hat in Berlin in ihrem Büro die frühere iranische Geiselnahmerin *Massoumeh Ebtekar* empfangen. Diese war Sprecherin der iranischen Terroristen, welche 1979 52 amerikanische Diplomaten in Teheran gefangen hielten. Die Ex-Geiselnahmerin *Massoumeh Ebtekar* ist überzeugte Islamistin und tritt heute für die Vernichtung des Staates Israel ein. Wegen ihrer radikalen Haltung ist sie iranische Vizepräsidentin. *Massoumeh Ebtekar*, die in ihrer Heimat fast täglich Todesurteile gegen Schwule und Lesben unterzeichnet, zeigte sich nach dem Besuch bei der deutschen Umweltministerin entsetzt darüber, dass sie einer Lesbe die Hand gegeben hatte. In ganz Iran wird das Treffen, bei dem sie die lesbische Ministerin Hendricks per Handschlag begrüßt hatte, nun als Skandal gesehen.

► **Gefälschte Botschaften:** Nach übereinstimmenden Angaben mehrerer britischer Zeitungen soll das US-Verteidigungsministerium der britischen Werbeagentur *Beil Pottinger* mehr als 500 Millionen Dollar (mehr als 447 Millionen Euro) dafür bezahlt haben, dass diese gefälschte Videobotschaften von Terrorgruppen wie *al-Qaida* erstellte. Viele der von europäischen Nachrichtensendern und Medien wiedergegebene Terrorvideos stammen demnach tatsächlich von der Werbeagentur. Das bestätigte jetzt auch *Tim Beil*, der frühere Chef der Agentur, der Londoner Tageszeitung *Times*.

► **Neue Bundeswehrpanne:** Nachdem die im türkischen *Incirlik* stationierten deutschen Aufklärer des Typs Tornado erst im Frühjahr 2016 nicht mehr starten konnten, weil die Cockpitbeleuchtung blendete, gibt es nun schon wieder einen nicht näher bezeichneten technischen Defekt. Bis auf Weiteres müssen alle sechs Tornados des modernsten Typs am Boden bleiben, weil die Maschinen nicht mehr einsatzfähig sind.

► **Türken müssen draußen bleiben:** China verbietet ab sofort allen Türken die Einreise. Das gilt auch für türkischstämmige Bürger, die in anderen Ländern leben

und beispielsweise über einen deutschen Pass verfügen. Für die generelle Einreiseverweigerung reicht den chinesischen Behörden ein türkischstämmiger Name. So dürfen auch türkischstämmige Fußballer und andere Sportler ab sofort nicht mehr aus Deutschland zu Freundschaftsspielen nach China reisen. Deutsche mit türkischstämmigen Namen, die derzeit in China studieren, müssen sofort ausreisen. Sicherheitsbehörden und die chinesische Staatsführung sehen in Türken jetzt generell ein höheres Sicherheitsrisiko und eine potentielle Terrorgefahr, die sie ausschließen möchten.

► **Druckereien verweigern politisch nicht korrekte Aufträge:** In Deutschland gehören die Druckereien inzwischen alle einigen wenigen Konzernen. Welche Folgen das hat, erfahren gerade jene, die politisch nicht korrekt sind. Erst lehnten es fast alle deutschen Druckereien ab, Wahlplakate oder Broschüren für die *AfD* zu drucken. Und nun werden auch flächendeckend Druckaufträge für kritische Bücher abgelehnt. Das erfuhr zuerst der türkischstämmige Autor *Akif Pirincci* und nun auch der Verfasser des Handbuches *Die GEZ-Lüge*, welches Hinweise zur Umgehung der ungeliebten Zwangsabgabe gibt. Es darf in Deutschland nicht mehr nachgedruckt werden, obwohl es nicht verboten ist.

► **Zensur:** Der Internetkanal *YouTube* hat die Aufnahme einer Debatte über eine neue Anti-Folter-Konvention im Europäischen Parlament automatisch gelöscht, weil in der Rede »verbotene« Worte wie »Gewalt«, »Folter«, »Tötung« und »grausam« vorkamen. Die EU-Parlamentarierin *Marietje Schaake* hat als Einzige gegen die automatische Zensur einer ganz normalen Parlamentsrede protestiert — bislang ohne Erfolg.

► **Verträge kündigen ohne Unterschrift:** In ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen dürfen Firmen ihren Kunden nicht mehr vorschreiben, dass ein Vertrag nur mit einem eigenhändig unterschriebenen Brief oder Fax gekündigt werden kann. Vorgeschrieben werden darf jetzt nur noch die Textform. Dazu zählen künftig auch eine *E-Mail*, *Telefax*, *Computerfax*, *maschinell erstellter Brief*, *SMS*, *Online-Chat* des Unternehmens, *WhatsApp*-Nachricht oder *Facebook*-Nachricht. Es reichen Angaben, mit denen die Identifizierung des Kunden zweifelsfrei ermöglicht wird, also Name, Adresse und Kundennummer. Wenn ein Unternehmen dennoch unter Hinweis auf die Geschäftsbedingungen auf einer Unterschrift bei der Kündigung besteht, handelt es rechtswidrig.

Ausgabe "exklusiv" Nr. 42/2016

► **Im Ernstfall ohne Lebensmittel:** Nachdem deutsche Politiker unlängst Privathaushalte zur Krisenvorsorge und dem Lagern von Lebensmitteln aufgerufen hatten, hat nun eine aktuelle Umfrage in Österreich ergeben, dass auch dort kaum ein Unternehmen oder Bürger aktive Krisenvorsorge betreibt. Demnach verfügen öster-

reichische Haushalte in Ballungsgebieten allenfalls für drei Tage über Nahrungsmittelvorräte. Bei einem großflächigen Stromausfall und dem Zusammenbruch der Versorgungsnetze müssten sie danach hungern. Eine Hilfe vom Staat ist wegen der nicht existierenden staatlichen Vorratshaltung ausgeschlossen. Und Unternehmen könnten bei Lieferengpässen etwa von Treibstoffen allenfalls zwei Tage überbrücken, dann stünde auch die Produktion still.

► **Grüne wollen Meinungsfreiheit weiter einschränken:** Der grüne Hamburger Justizsenator *Till Steffen* setzt sich im Bundesrat dafür ein, gebündelte Kritik an Politikern im Internet zur Straftat zu machen. Viel Zuspruch erntet er über alle Parteigrenzen hinweg für seinen Vorschlag, gegen Politiker oder Parteien gerichtete *Shitstorms* im Internet zur »*bandenmäßigen Straftat*« erklären zu lassen. Verfolgt werden sollen alle Äußerungen, durch die sich Politiker oder Parteien »*herabgewürdigt*« wähnen, also deutlich kritisiert werden.

► **Geheimdienste tappen noch im Dunkeln:** Nach dem Tod eines terrorverdächtigen Syrsers in Leipzig hat die CDU im Bundestag mitgeteilt, dass die Geheimdienste in Deutschland keine Erkenntnisse zu dem Fall liefern konnten, weil sie die Daten für die Überprüfung von Asylbewerbern aus rechtlichen Gründen nicht einmal anschauen dürfen. Verfassungsschutz und auch der Bundesnachrichtendienst haben demnach derzeit auch keinen Zugriff auf die Kerndatei der Asylbewerber.

► **Mit Umstandsmode an die Front:** Weil Bundesverteidigungsministerin *von der Leyen* eine moderne Armee möchte, werden von der Bundeswehr erstmals Damen-Pumps und sportliche BH's bestellt, zudem Umstandsmode, weil derzeit etwa 500 Soldatinnen schwanger sind. Auch modische Damenhandtaschen sollen künftig zur Ausrüstung von Soldatinnen gehören, wenn diese im Auftrag der Bundesregierung in den Auslandseinsatz ziehen.

► **Grüne fordern Blaue Plakette:** Immer mehr Politiker wollen mit einer Blauen Plakette den Verkauf neuer Pkw ankurbeln. Mit der Einführung dieser Plakette sollen Dieselfahrzeuge in Städten und Ballungsgebieten nicht mehr fahren dürfen. Vor allem Handwerksbetriebe und Privateigentümer älterer Dieselfahrzeuge müssten sich dann zeitnah neue Fahrzeuge kaufen, um noch in Städten fahren zu dürfen.

► **Geldverschwendung:** Der Bundesrechnungshof hat Verteidigungsministerin *von der Leyen* (CDU) dafür gerügt, dass sie für viele Millionen Euro immer mehr externe Berater beschäftigt, obwohl unter ihren 5.000 Mitarbeitern viele Fachleute sind, welche die ausgeschriebenen Aufgaben besser bewerkstelligen könnten. So kritisiert der Rechnungshof, dass die Ministerin gerade erst wieder einen Beratervertrag in Höhe von 208 Millionen Euro ausgeschrieben hat, in dem es um die Frage geht, wie

man bei Beraterverträgen einsparen kann. Der Rechnungshof sieht solche Verträge als extreme Form von Geldverschwendung.

► **Moslem als Bundespräsident?** Bundespräsident *Joachim Gauck* hat angeregt, einen Muslim zu seinem Nachfolger zu ernennen. Grünen-Chef *Cem Özdemir* (50) sagte zu dem Vorstoß: »*Na klar geht das. Wir suchen schließlich ein gutes Staats- und kein Religionsoberhaupt.*« SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann (62) hob hervor: »*Ob ein Bundespräsident Christ, Muslim oder Buddhist ist, sollte keine Rolle spielen. Entscheidend ist, dass die Religion nicht über der Verfassung steht.*« Und der stellvertretende SPD-Vorsitzende *Ralf Stegner* (57) ist ebenfalls begeistert und sagt zur Suche für Kandidaten des Präsidentenamtes unter Muslimen: »*Wir suchen kommunikationsstarke, integrative Kandidaten.*«

► **Wird Nordkorea eifersüchtig?** In Diktaturen wie Nordkorea erreichen die Führer bei Abstimmungen sagenhafte Ergebnisse in der Größenordnung um 99 Prozent. Die CDU in Nürtingen hat es geschafft, das zu überbieten. Dort bekam der CDU-Spitzenkandidat *Thaddäus Kunzmann* jetzt bei der Wahl zum Vorsitzenden 102,4 Prozent der Stimmen. Mit 42 von 41 möglichen Stimmen wurde er nach Angaben der *Nürtinger Zeitung* wiedergewählt. Das Wahlergebnis sorgt jetzt international für Aufsehen.

► **Deutsch als Schulsprache abschaffen?** Der *Türkische Bund Berlin Brandenburg* (TBB) fordert von der rot-grünen Berliner Landesregierung die Einhaltung des Wahlversprechens, Deutsch als Schulsprache abzuschaffen und auch andere Sprachen zuzulassen. Die Berliner Bildungseinrichtungen sollen demnach angewiesen werden, eine multikulturelle Sprachenvielfalt an den Schulen zuzulassen.

► **Warnmeldungen:** Nach Schweizer Großbanken hat auch das *Finanzhaus HSBC* die »*Alarmstufe Rot*« für Aktien ausgerufen und warnt alle Kunden vor dem größtmöglichen Verlust am Aktienmarkt in der Geschichte. Auch die *Citigroup* erwartet plötzliche Kursverluste binnen weniger Minuten von mehr als 25 Prozent des Börsenwertes.

Ausgabe "exklusiv" Nr. 43/2016

► **Diebische Nachwuchspolitiker:** Auf dem Bundesparteitag der CDU-Nachwuchsorganisation Junge Union waren offenkundig auch kriminelle Jungpolitiker. Nach dem offiziellen Parteitag, auf dem sie Angela Merkel huldigten, ließen sich die CDU-Jugendlichen von einem Tabakkonzern zu einer großen Party einladen. Bei der Feier wurde eine wertvolle, etwa 40 Zentimeter große alte Holzfigur gestohlen. Auch auf dem Parteitag der JU in Inzell hatte ein Bundesvorstandsmitglied ein etwa 5000 Euro



teures Ausstellungsmodell eines Marinehubschraubers der Firma Airbus gestohlen, welches dort in einer Vitrine ausgestellt war.

► **Geheimvertrag:** Nach einem in Frankreich erschienenen brisanten neuen Bestseller gibt es einen angeblichen Geheimvertrag zwischen der EU-Kommission und Frankreich. Nach Angaben der *Le-Monde-Journalisten* Gébrard Davet und Fabrice Lhomme, die Präsident Hollande dazu interviewt hatten, könnte Paris zwar niemals die von der EU vorgegebene Obergrenze der Neuverschuldung von drei Prozent einhalten, dafür gäbe es aber einen Geheimvertrag, wonach man das stillschweigend dulde und Frankreich im Gegenzug immer öffentlich behaupten werde, die drei Prozent weiter als Ziel zu verfolgen, damit man gemeinsam Druck auf andere Länder ausüben könne. Aus Sicht Frankreichs sei dieses Vorgehen »das Privileg der großen Länder«.

► **Blind durch Faulheit:** Die US-Gesundheitsbehörde (*Government's Centers for Disease Control, CDC*) hat alle verfügbaren Daten über Augeninfektionen ausgewertet. Demnach gehen mehr als ein Viertel der erfassten Infektionen auf mangelnde Hygiene beziehungsweise die Faulheit der Anwender beim Tragen von Kontaktlinsen zurück. Heute tragen schon mehr als 40 Millionen Amerikaner Kontaktlinsen. Viele beachten aber die erforderliche Hygiene nicht. Wer keine frische Reinigungslösung verwendet und die Kontaktlinsen nachts nicht entfernt, der riskiert Infektionen, verschleppte Augenerkrankungen und eine Trübung der Hornhaut, welche dann nur noch durch eine Cornea-Transplantation behoben werden kann. In extremen Fällen können Augeninfektionen in Zusammenhang mit Kontakt-Linsen sogar zum irreparablen Verlust des Augenlichts führen.

► **Gute Zeiten für Betrüger:** Nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden hat, dass eine heimliche Beobachtung von Versicherten sowie Renten- und Sozialhilfeempfängern gegen die Menschenrechte verstößt, stehen nun Behörden und Versicherungen unter erheblichem Druck, solche Beobachtungen generell einzustellen. Jedes Jahr wurden bislang tausende Personen, die beispielsweise Versicherungsfälle, Krankheiten oder Unfallfolgen vorgetäuscht hatten, durch die Tätigkeit von Detektiven entlarvt. Diese Praxis wurde in der Schweiz nach dem Urteil sofort flächendeckend beendet. Auch in Deutschland und Österreich könnte das Urteil entsprechende Folgen haben, weil die Betrüger gegen ihre Beobachtung klagen können und die Ergebnisse der Detekteien dann nicht verwertet werden dürfen.

► **Urteil zu gebrauchter Software:** Wer eine Softwarelizenz in Verbindung mit einer Original-CD hat, der darf diese jederzeit als gebraucht weiterverkaufen. Der Software-Hersteller kann den Weiterverkauf nicht verbieten. Das hat der Europäische Gerichtshof in einem aktuellen Urteil entschieden (Az.: EuGH 110/2016).

► **Gekaufte Kritiker:** Die Getränkekonzerne *Pepsi* und *Coca-Cola* sollen in den vergangenen Jahren nach Angaben der *New York Times* umgerechnet etwa 45 Milliarden Euro dafür ausgegeben haben, um Kritiker der extrem zuckerhaltigen Säfte zum Schweigen zu bringen. Organisationen, die sich für Zuckersteuern einsetzen, werden demnach so lange mit hohen Geldbeträgen geködert, bis sie ihre Kampagnen einstellen. So habe das international tätige Kinderhilfswerk *Save the Children* sich über viele Jahre hin für die Einführung von Zuckersteuern eingesetzt. Nach größeren Spenden der Getränkekonzerne habe man diese Aktivität dann eingestellt. Auch Diabetikergruppen werden demnach mit Beihilfen ruhiggestellt, damit sie nicht über die Folgen des Konsums der Zuckersäfte berichten.

► **Deutsche ZuckerLobby:** Unter dem Deckmantel einer Wissenschaftskampagne, versucht die deutsche Süßwarenindustrie zunehmend den Zuckerkonsum zu verharmlosen. Zucker sei keinesfalls Hauptverursacher von Karies. Die *Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V. (WVZ)* ist die zentrale Lobbyorganisation der deutschen Zuckerindustrie. Im Marketing wird deren Strategie »*Generische Aufklärungskampagne*« genannt. Solche Vereine sollen durch vielfältige PR-Aktionen ein positives Bild eines Grundstoffs etablieren. Neben der Zuckerlobby nutzen auch Vitaminkonzerne, die großen Salzhersteller oder die Pharmakonzerne *Pfizer*, *Mundipharma* sowie *Reckitt Benckiser* diese Taktik.

► **Asylbewerber internieren?** Weil mehr als 60 Prozent der Asylbewerber in der Schweiz irgendwann spurlos verschwinden und illegal im Land leben, wird nun erwogen, alle Asylbewerber nach der Registrierung sofort zu internieren. Auch die Linke und Politiker der Sozialdemokraten sperren sich nicht länger gegen entsprechende Überlegungen, weil immer mehr Asylbewerber kriminell werden oder zudem auch ansteckende Krankheiten einschleppen.